

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 95

FREITAG, DEN 8. DEZEMBER

2017

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.	2085	Änderung der Satzung des Schleusenverbandes Nincop.	2086
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.	2085	Herstellung von Erschließungsanlagen im Stadtteil Langenhorn.	2086
Genehmigungsverfahren.	2086	Widmung von Wegflächen – Marktfläche und Fußgängerzone Halenreihe/Kattjahren –	2087
		Beabsichtigung einer Widmung von Wegflächen – Heestweg –	2087
		Bekanntgabe nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).	2087

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den Neubau des Bahnüberganges 1234 b in der Hovestraße eine Plangenehmigung beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist der Neubau eines Bahnüberganges über das Stammgleis Hovestraße in Höhe des von der Firma Nevius genutzten Grundstückes Nummern 51-55.

Nach der allgemeinen Vorprüfung gemäß § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben aus folgenden wesentlichen Gründen abgesehen: Die Maßnahme wird im Bereich einer anthropogen überformten Eisenbahnbetriebsanlage durchgeführt. Die Schutzgüter Menschen und insbesondere die menschliche Gesundheit sind durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt. Tiere und Pflanzen sind infolge der anthropogenen Überformung und des herrschenden Verkehrs bzw. Betriebes im Bereich der Maßnahme regelmäßig nicht zu erwarten. Die Schutzgüter Boden und Wasser sind nicht beeinträchtigt, da die Maßnahme vollständig oberirdisch und nicht in Wassernähe durchgeführt wird. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft und Klima kann trotz der Emissionen der Baumaschinen ausgeschlossen werden, da die Baumaßnahme kleinräumig und in einem sehr kurzen Zeitraum durchgeführt wird. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind nicht vorhanden. Kumulierungen mit anderen Vorhaben sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 27. November 2017

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 2085

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den Neubau des Bahnüberganges 1234 c in der Hovestraße eine Plangenehmigung beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist der Neubau eines Bahnüberganges über das Stammgleis Hovestraße in Höhe des von der Firma Nevius genutzten Grundstückes Nummern 51–55 im Bereich der bereits zum Rückbau zugelassenen Weiche HOV 067 W.

Nach der allgemeinen Vorprüfung gemäß § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben aus folgenden wesentlichen Gründen abgesehen: Die Maßnahme wird im Bereich einer anthropogen überformten Eisenbahnbetriebsanlage durchgeführt. Die Schutzgüter Menschen und insbesondere die menschliche Gesundheit

sind durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt. Tiere und Pflanzen sind infolge der anthropogenen Überformung und des herrschenden Verkehrs bzw. Betriebes im Bereich der Maßnahme regelmäßig nicht zu erwarten. Die Schutzgüter Boden und Wasser sind nicht beeinträchtigt, da die Maßnahme vollständig oberirdisch und nicht in Wassernähe durchgeführt wird. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft und Klima kann trotz der Emissionen der Baumaschinen ausgeschlossen werden, da die Baumaßnahme kleinräumig und in einem sehr kurzen Zeitraum durchgeführt wird. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind nicht vorhanden. Kumulierungen mit anderen Vorhaben sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 27. November 2017

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 2085

Genehmigungsverfahren

Im Genehmigungsverfahren betreffend den Antrag des Heinrich-Pette-Instituts, Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie, vertreten durch den Direktor, Martinstraße 52, 20251 Hamburg, vom 9. August 2017, eingegangen am 14. August 2017, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 ergeht folgender Genehmigungsbescheid:

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066) in Verbindung mit §§ 4 bis 7 der Verordnung über Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung – GenTSV) vom 14. März 1995 (BGBl. I S. 297), jeweils in der aktuellen Fassung, wird der Antrag des Heinrich-Pette-Instituts, nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln bestehenden Ansprüche Dritter, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 genehmigt.

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen (u. a. umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen und Auflagen) versehen und berechtigt zur Durchführung folgender gentechnischer Arbeiten:

Projekt: Identifizierung von Interaktionen zwischen HIV-1 und dem Wirtszell-Proteom und deren Konsequenzen für den viralen Lebenszyklus sowie zellulärer Abwehrmechanismen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, erhoben werden.

Hinweise:

Der Bescheid gilt mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger zwei Wochen verstrichen sind. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Genehmigungsbescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten im Sinne des § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes

(VwVfG) schriftlich bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, angefordert werden (§ 69 Absatz 2 Satz 5 VwVfG). Eine Ausfertigung des Bescheides liegt dort in Zimmer F.04.301 vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr zur Einsicht aus.

Hamburg, den 28. November 2017

**Die Behörde für Umwelt und Energie
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 2086

Änderung der Satzung des Schleusenverbandes Nincop

Die Verbandsversammlung des Schleusenverbandes Nincop hat in ihrer Sitzung am 8. März 2017 die folgenden Änderungen der Satzung des Schleusenverbandes Nincop beschlossen. Die Behörde für Umwelt und Energie als Aufsichtsbehörde über die Wasser- und Bodenverbände hat die Änderung der Satzung am 30. November 2017 genehmigt.

Hamburg, den 30. November 2017

**Die Behörde für Umwelt und Energie
als Aufsichtsbehörde**

Amtl. Anz. S. 2086

1. § 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Vorstand besteht aus einem Vorsteher und drei weiteren Mitgliedern (Beisitzer), von denen einer Stellvertreter des Vorstehers ist. Darüber hinaus ist der jeweilige Vorstandsvorsteher des Hauptentwässerungsverbandes der Dritten Meile Altenlandes kraft seines Amtes beratendes Mitglied des Vorstandes ohne Stimmrecht.“

2. § 10 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie können für Verdienstausfall oder Zeitaufwand eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten, deren Höhe durch die Verbandsversammlung jährlich festgesetzt wird. Darüber hinaus erhalten sie Ersatz der ihnen im Dienst des Verbandes erwachsenen erforderlichen Auslagen.“

Herstellung von Erschließungsanlagen im Stadtteil Langenhorn

Endgültige Herstellung:

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 16. November 2016 (HmbGVBl. S. 473), wird bekannt gemacht:

Die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr. Bezeichnung der Erschließungsanlagen

- | | |
|---|--|
| 1 | Pferdnerstieg
von Ochsenstieg bis Kehre |
| 2 | Zum Ausspann
von Ochsenstieg bis Kehre |

Die Bekanntmachung ist auch unter www.hamburg.de/fb/anliegerbeitraege einzusehen.

Hamburg, den 8. Dezember 2017

Die Finanzbehörde Amtl. Anz. S. 2086

Widmung von Wegeflächen – Marktfläche und Fußgängerzone Halenreie/Kattjahren –

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525, belegene Wegefläche Halenreie/Kattjahren (Flurstück 5834 [8724m²]) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr und Parkverkehr für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 3,5 t (Marktbeschricker ausgenommen), sowie dem Verkehr durch Marktbeschricker zu den festgesetzten Tagen und Zeiten gewidmet.

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525, belegene Fußgängerzone (Flurstücke 7979 [541 m²] und 7981 [872 m²]), von der Farmsener Landstraße bis zum Marktplatz verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr und dem Verkehr durch Marktbeschricker zu den festgesetzten Tagen und Zeiten gewidmet.

Hamburg, den 22. November 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2087

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Heestweg –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Alt-Rahlstedt, Ortsteil 526, belegene Wegefläche Heestweg (Flurstück 6927 teilweise), von Haus Nummer 100 bis Boytinstraße verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Alt-Rahlstedt, Ortsteil 526, belegenen Verbreiterungsflächen Heestweg (Flurstück 6927 teilweise), vor Haus Nummer 40 a bis 48 a verlaufend und die Eckabschrägung bei Haus Nummer 34, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierte Bereiche), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder

zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 22. November 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2087

Bekanntgabe nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Poldergemeinschaft Neumühlen e.V. hat am 7. November 2017 beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), die förmliche Zulassung für die Änderung des privaten Hochwasserschutz-Polders Neumühlen beantragt. Der Antrag beruht auf § 55 Absatz 2 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Gegenstand des Vorhabens ist die Erhöhung der vorhandenen Hochwasserschutzwand von derzeit NHN +7,30 m auf NHN + 8,10 m, die im Sturmflutfall mit einem mobilen Dammbalkensystem realisiert werden soll. Hierfür sind Maßnahmen, wie die Erhöhung der bestehenden Betonkonstruktion in Nebenbereichen durch eine Stahlbetonwand bzw. eine Stahlblechkonstruktion sowie der östliche Anschluss in den Geesthang über eine Bohrpfahlwand erforderlich.

Das Vorhaben stellt eine wesentliche Umgestaltung des privaten Hochwasserschutz-Polders Neumühlen dar und fällt damit unter Nummer 1.13.2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) (Ausbau von Hochwasserschutzanlagen oder Dämmen, die den Hochwasserabfluss beeinflussen). Die danach erforderliche standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Nach Prüfung durch die Plangenehmigungsbehörde ist der wesentliche Grund hierfür, dass das geplante Vorhaben keine nennenswerte Beeinträchtigung auf die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes hat (HmbUVPG, Anlage 2, Nummer 2). Maßgeblich für die Entscheidung ist, dass die Merkmale möglicher Auswirkungen gemäß den Nummern 3.1, 3.3, 3.4, 3.5 der Anlage 3 HmbUVPG nicht erfüllt sind, und eine Schwere und Komplexität der Auswirkungen gemäß Nummer 3.2 nicht gegeben ist. Das Vorhaben kann unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit den Ämtern für Umweltschutz und Naturschutz der Behörde für Umwelt und Energie keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären (§ 5 Absatz 2 UVPG).

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 5 Absatz 3 UVPG).

Hamburg, den 1. Dezember 2017

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht**

Amtl. Anz. S. 2087

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 17 A 0427

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: 17 A 0427
Erneuerung Dampferzeuger und Frischwasserstation
4111B110/84111B2016TM0016
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform), mit fortgeschrittener elektronischer Signatur und mit qualifizierter elektronischer Signatur, akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Manteuffelstraße 20, 22587 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Demontage: Dampferzeuger ca. 185 kW einschl. Kodensatrückspeiseanlage, Warmwasserbereitung (Speicherladesystem mit 1100 u. 800 Liter) einschl. aller Armaturen.
Montage: Schnelldampferzeuger ca. 164 kW einschl. Kondensatsammel- und Rückspeiseanlage, Frischwasserstation ca. 160 kW mit 2x800 Liter Heizungspufferspeicher.
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 03. KW 2018
Fertigstellung: 11. KW 2018
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D430676689>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
20. Dezember 2017, 11.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 18. Januar 2018
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt
vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 30. November 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 17 A 0446

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40/4 28 42-2 00,
 Telefax: + 49 (0)40/4 27 92-12 00
 E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
 Vergabe: 17 A 0446
Metallbauarbeiten
 84121 B 2017 BBN 2017
 Teilmaßnahme 00008 Bundeswehrkrankenhaus
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
 Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
 Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform), mit fortgeschrittener elektronischer Signatur und mit qualifizierter elektronischer Signatur, akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
 Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
 1 Stück T 90 RS Innentür aus Stahl, einflügelig, 1 Stück
 Stahltreppe mit 5 Stufen.
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 7. März 2018
 Fertigstellung: 29. März 2018
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
 Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bmlink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D430746779>
 bereit.
 Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
 Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
 Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
 Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
 20. Dezember 2017, 10.00 Uhr,
 Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
 Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
 Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. Januar 2018
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
 Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49/(0)40/4 28 42-450
- x) Sonstige Angaben:
 Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt
vergabestelle@bba.hamburg.de
 Hamburg, den 1. Dezember 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 – Bundesbauabteilung –

981

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

- Verfahren: 2017000204 – Lieferung von Gelpatronen**
Auftraggeber: Behörde für Inneres und Sport – Polizei –
- A) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
 Behörde für Inneres und Sport – Polizei –,
 Mexikoring 33, 22297 Hamburg, Deutschland

- B) Art der Vergabe
Offenes Verfahren (EU) [VG/V]
- C) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge kann elektronisch oder nicht elektronisch erfolgen.
- D) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung
Lieferung von originalen und Alternativ- bzw. Refillprodukten für Ricoh Gelpatronen GC 31 und GC 41 in den Farben cyan, gelb, magenta und schwarz sowie die originalen Restgelbehälter für die entsprechenden Drucker Ricoh Aficio GXe3350N und Ricoh Aficio SG 2100N/3100 DN.
- E) Entfällt
- F) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- G) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. Februar 2018 bis 31. Dezember 2018. Der Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn nicht einer der Vertragspartner vier Monate vor Ablauf des Vertragsjahres der Verlängerung schriftlich widerspricht.
- H) Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
Behörde für Inneres – Polizei –,
VT 112 (Submissionstelle),
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg,
Telefon: +49/40/42866-9210
Telefax: +49/40/42866-9683
Sie haben die Möglichkeit der elektronischen Angebotsabgabe.
- I) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
12. Januar 2018, 14.00 Uhr,
Bindefrist: 28. Februar 2018
- J) Entfällt
- K) Entfällt
- L) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen
Betriebsgründung
- M) Entfällt
- N) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Niedrigster Preis

Hamburg, den 1. Dezember 2017

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

982

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 131-17 AS**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Bergstedter Alte Landstraße 12 in 22395 Hamburg
- f) Die Freie und Hansestadt Hamburg SBH beabsichtigt die Grundschule Bergstedt um einen Neubau zu ergänzen, 5 der 6 Bestandsgebäude zu sanieren und die Freianlagen zu überplanen. Hier ausgeschrieben sind die Sanierungsmaßnahmen für die Gebäude 06 bis 10 einschließlich der Pausen- und Turnhalle. Die zu sanierende Mietfläche umfasst rund 3.500 m². Die Baustellenzufahrt soll gesondert über den rückwärtigen Eingang an der Teekoppel erfolgen. Die Sanierung erfolgt in zwei aufeinander folgenden Bauabschnitten von denen der erste Abschnitt (Gebäude 06, 07 und 10) bereits in Bearbeitung sind.
Hier: Los 1: Malerarbeiten
Los 2: Prallwand
HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: ja
Angebote sind möglich für mehrere Lose.
Los 1: Malerarbeiten
– ca. 2100 m² Wandanstrich erneuern
– ca. 103 Stahlzargen lackieren
– ca. 3.000 m Deckenrandstreifen streichen
Los 2: Prallwand
– 2 St. neue Schwingtore
– ca. 130 m² Textiler Prallschutz inkl. Unterkonstruktion
– 5 St. Bestehende Schwingtore mit Prallschutz belegen
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):
Alle Lose ca. Januar 2018
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:
Los 1 ca. August 2018
Los 2 ca. Juni 2018
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.
Hinter „LINK Los 1“ und „LINK Los 2“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 22. Dezember 2017, 10.00 Uhr für Los 1 und bis zum 22. Dezember 2017, 10.30 Uhr für Los 2, eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:

SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 22. Dezember 2017 um 10.00 Uhr und für Los 2 am 22. Dezember 2017 um 10.30 Uhr.

Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 22. Dezember 2017 um 10.00 Uhr und für Los 2 am 22. Dezember 2017 um 10.30 Uhr.

Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.

Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.

Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.

- v) Die Bindefrist endet am 26. Januar 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):

SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

- y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:

SBH Homepage:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

und Zentrale Veröffentlichungsplattform:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen>

Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 30. November 2017

Die Finanzbehörde

983

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

SBH VgV VV 030-17 PP – Sanierung der Fachklassengebäude sowie Zubau und Sanierung und Zubau der Sporthalle am Standort Halstenbeker Str. 41, Los 1 Klassengebäude, Los 2 Sporthalle, Objektplanung.

Referenznummer der Bekanntmachung:
SBH VgV VV 030-17 PP

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 01.01.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH mit der Sanierung der Fachklassengebäude mit Zubau (Los 1) sowie der Sanierung und dem Zubau der Turnhalle (Los 2) am Standort Halstenbeker Straße 41 in Hamburg beauftragt. Im Weiteren siehe II.2.4.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 665 000.00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für maximale Anzahl an Losen: 2

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Sanierung der Fachklassengebäude sowie Zubau der Julius-Leber-Schule am Standort Halstenbeker Straße 41, Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI
Los-Nr.: 1

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE6
Hauptort der Ausführung: Hamburg.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Julius-Leber-Schule wurde 1968 in einem großen Wohngebiet in Schnelsen erbaut. Seit dem Schuljahr 2010/11 fungiert sie als Stadtteilschule. Aktuell besuchen etwa 1600 Schüler die Schule mit etwa 165 Lehrern. Der vorhandene Schulstandort soll ertüchtigt werden. Die Baumaßnahmen befinden sich aktuell in der LPH 3. Alle Dächer werden energetisch saniert.

In Fachhaus 09 werden das 1. OG und das 2. OG umgebaut und saniert (BGF 5.065 m²). Die Geschosse werden entkernt und mit Leichtbauwänden neu aufgeteilt. Die Heizflächen werden neu strukturiert. Die elektrischen Anlagen werden demontiert und erneuert. Mechanische Lüftungsanlagen der Klassen werden zurückgebaut, Anlagen für die Lehrküche und innenliegende Räume sind vorgesehen. Ein bis zwei große Lichtschächte werden zentral in den Flurbereichen angeordnet. WC-Bereiche in den Treppenhäusern werden saniert. Die brandschutztechnische ertüchtigung der Türen erfolgt über alle Geschosse. Ein Personenaufzug wird eingebaut.

Im Keller sind vorhandene Abwassersysteme einschl. einer Hebeanlage zu verlegen.

Das Fachhaus 06 (H-Gebäude) erhält einen Zubau über beide Geschosse (BGF 912 m²). Es werden je ein Klassen- und drei Differenzierungsräume geschaffen, zwei WC-Kerne werden rückgebaut und ein Lehrer-WC geschaffen. Der Bestand wird brandschutztechnisch saniert, eine außenliegende Stahltreppe angebaut und das Treppenhaus eingehaust.

Für beide Baumaßnahmen gilt: technischen Anlagen werden ertüchtigt, in großen Teilen neu aufgebaut und an den Bestand angeschlossen.

Die Klassen der zu sanierenden Flächen werden am Schulstandort ausgelagert. Die hierfür erforderlichen, umfangreichen mobilen Klassenräume sind nicht Bestandteil der ausgeschriebenen Leistung.

Die Baumaßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb. Dies erfordert eine maßnahmenbezogene abgestimmte Baustellenlogistik, die Rücksicht auf die besonderen Anforderungen des Schulbetriebes nimmt.

Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Budget von ca. 5.234.656,00 EUR brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die genannten Maßnahmen sind unter Einhaltung des Budgets sowie unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu entwickeln. Die Maßnahme soll unverzüglich durchgeführt werden. Die Bearbeitung der LPH 3 erfolgt durch das Büro Haslob Kruse Partner Architekten, Bremen. Die Planungsergebnisse sind bei der weiteren Bearbeitung des Projektes zu berücksichtigen und werden den Bietern (mind. teilweise) mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt.

Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen. Die Maßnahmen sollen 2019 (Fachklassenhaus 09) und Mitte 2020 (Fachhaus 06) abgeschlossen sein.

Mit der Planung der Technischen Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI war das Büro emutec GmbH, Hamburg betraut. Aktuell werden die Planung der technischen Ausrüstung durch das Büro Ebert Ingenieure, Berlin erbracht. Die Wahrnehmung der Projektsteuerungs- und Projektleistungsleistungen erfolgte zeitweise in externer Steuerung durch das Büro Assmann Beraten + Planen GmbH, Hamburg. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Für die Gesamtmaßnahme ist ein Volumen von ca. 3.410.000 EUR (KG 300+400) netto geschätzt worden. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 5 Objektplanung gem. § 34 HOAI
- Leistungsphasen 6-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung

- des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 30
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
Wert ohne MwSt.: 408 000.00 EUR
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Laufzeit in Monaten: 28
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2012) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien: vergleichbare Größe (0-4 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 26 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.
Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können ist
- es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.
Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt.
Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß §75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
– Leistungsphasen 6-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. §33 ff. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) **Zusätzliche Angaben**
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- II.2) Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Sanierung und Zubau der Turnhalle der Julius-Leber-Schule am Standort Halstenbeker Straße, Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI
Los-Nr.: 2
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71240000
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE6
Hauptort der Ausführung: Hamburg.
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Die Julius-Leber-Schule wurde 1968 in einem großen Wohngebiet in Schnelsen erbaut. Seit dem Schuljahr 2010/11 fungiert sie als Stadtteilschule. Aktuell besuchen etwa 1600 Schüler die Schule mit etwa 165 Lehrern. Der vorhandene Schulstandort soll ertüchtigt werden. In diesem

Rahmen ist die bestehende Dreifeldhalle ist zu sanieren und brandschutztechnisch zu ertüchtigen. Ein weiteres Hallenfeld, sowie ein Ersatzbau für die abgängigen Bestandsumkleiden sind als Zubau zu realisieren. Durch die Anforderung des Rollstuhlsports an die Sporthallen, sind entsprechende Flächen im Umkleidebereich zu realisieren. Die Baumaßnahme befindet sich aktuell in LPH 2, in Teilen LPH 3. Der aktuelle Vorentwurf soll nicht weiter verfolgt werden.

Die Baumaßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb. Dies erfordert eine maßnahmenbezogene abgestimmte Baustellenlogistik, die Rücksicht auf die besonderen Anforderungen des Schulbetriebes nimmt.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein Budget von ca. 3.100.000,00 EUR brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die genannte Maßnahme ist unter Einhaltung des Budgets sowie unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen zu entwickeln. Die Maßnahme soll unverzüglich durchgeführt werden.

Die Bearbeitung der LPH 2 erfolgte durch das Büro Haslob Kruse Partner Architekten, Bremen. Die Planungsergebnisse werden den Bietern (mind. teilweise) mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Wahrnehmung der Projektsteuerungs- und Projektleistungen erfolgte zeitweise in externer Steuerung durch das Büro Assmann Beraten + Planen GmbH, Hamburg. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Die Maßnahme soll Mitte 2020 abgeschlossen sein.

Für die Gesamtmaßnahme ist ein Volumen von ca. 2.019.000 EUR (KG 300+400) brutto geschätzt worden. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 Objektplanung gem. § 34 HOAI
- Leistungsphasen 3-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5)

Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 30Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10

- Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 257 000.00 EUR
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 28
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
- Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
- Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-4 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-6 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 30 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.
- Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.
- Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
- Leistungsphasen 3-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:
- ausgefüllter Bewerberbogen,
 - Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie);
 - Anlage 1B: Erklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
 - Anlage 1C: Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen (Vordruck);
 - Anlage 1D: Erklärung Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
 - Anlage 1E: Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
 - Anlage 1F: Erklärung zu einer Fortbildung mit dem Schwerpunkt Vergaberechtsreform VOB mind. A/B/C (Vordruck);
 - Anlage 1G: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
 - Anlage 1H: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
 - Anlage 1I: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck);

- Anlage 1J: Erklärung über die Leistungsbeurteilung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie);
- Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Kopie);
- Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. § 33 ff HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichnet

neten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Der einzureichende Teilnahmeantrag ist nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o.ä.) eines unterschreibungsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eigenkriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EURO für Personenschäden, mind. 1,0 Mio. EURO für sonstige Schäden).

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem

Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Mit den Bewerbungsunterlagen ist pro Los eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss für Los 1 mindestens 400.000 EUR (netto) und für Los 2 mindesten 250.000 EUR (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eigenkriterien:

(A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Architekt/-innen gem. § 75 (1) VgV

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH).

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI:

Die Projekte müssen für Los 1 innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 01.01.2012), für Los 2 innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 01.01.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind pro Los unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), Angabe der BGF nach DIN 277, der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten drei Jahre (je Jahr 2014, 2015, 2016).

Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 ff HOAI sind für Los 1 mind. 4 und für Los 2 mind. 3 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verant-

- wortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.
- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:
Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.
Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02.03.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.08.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart
Verhandlungsverfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.5) Angaben zur Verhandlung
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
Tag: 28. Dezember 2017
Ortszeit: 14.00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/lieferun->

gen-und-leistungen/579602/lieferungen-und-leistungen/

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Bewerbungsunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahme-wettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 05. KW 2018; Einreichung der Honorarangebote in der 10. KW 2018, Verhandlungsgespräche in der 11. KW 2018 (Los 1), 12. KW 2018 (Los 2).

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/427 31-0499

- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt
- SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
24. November 2017

Hamburg, den 1. Dezember 2017

Die Finanzbehörde

984

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71d K 85/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22529 Hamburg, Hinter der Lieth 32a belegene, im Grundbuch von Lokstedt Blatt 3184 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1945/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 10 174 m² großen Flurstück 163, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 38, durch das Gericht versteigert werden.

Wohnung, 3 Zimmer, etwa 60,87 m² Wohnfläche, Erdgeschoss. Dazu gehören auch zwei Kellerräume und ein ausgebauter Raum im Dachgeschoss. Dachgeschossraum wurde ohne Baugenehmigung errichtet. Wohnung ist belegt in einer Zeile von vier Zweifamilienhäusern, Baujahr etwa 1958. Terrasse vorhanden. Die Wohnung ist auf Lebenszeit vermietet. Laut Mietvertrag darf keine Kündigung wegen Eigenbedarfs und wegen Hinderung an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung erfolgen. Die Erhöhung der Kaltmiete ist ausgeschlossen. Es gelten die Bestimmungen des ersten Versteigerungstermins.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 100 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. Januar 2018, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur

Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Dezember 2017

Das Amtsgericht, Abt. 71
985

Teilungsversteigerung

616 K 11/16. Im Wege der Teilungsversteigerung sollen a) das in Schanzengrund 9, 21149 Hamburg belegene, im Grundbuch von Neugraben Blatt 1616 eingetragene 1487 m² große Grundstück (Flurstück 1483), b) das in Schanzengrund 11, 21149 Hamburg belegene, im Grundbuch von Neugraben Blatt 1617 eingetragene 1499 m² große Grundstück (Flurstück Nummer 1482), durch das Gericht versteigert werden.

Zu a): Das Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellerten Einfamilienhaus mit Anbau (Baujahr etwa 1911, Anbau Wohnzimmer, Windfang und Schwimmbecke im Keller etwa 1971) und ausgebautem Dachgeschoss. Die Wohnfläche beträgt etwa 170 m² im Erd- und Dachgeschoss zuzüglich Terrasse mit rund 32 m² Grundfläche und ausgebauten Spitzboden mit rund 35 m² Grundfläche. Das Erdgeschoss ist wie folgt aufgeteilt: Treppenaufgang mit Galerie-Diele, Zugang zum Wohnbereich mit Flur, Treppenaufgang in das Dachgeschoss, Gäste-Toilette, Küche, Essraum und Zimmer, Anbau mit Wohnbereich und Terrasse. Das Dachgeschoss besteht aus 3 Zimmern, Flur mit

Aufgang in den Dachspitz. Der Dachspitz ist ausgebaut mit Zimmer und Toilette. Im Kellerbereich befindet sich ein Schwimmbecken mit rund 8 x 4 m sowie Dusche, Sauna und Toilette. Die Beheizung erfolgt über Gaszentralheizung. Das Gebäude ist leerstehend. Zu b): Das Grundstück ist bebaut mit einem Gartenhaus (Baujahr etwa 1916, Nutzfläche etwa 22 m²) und einer Doppelgarage (Baujahr etwa 1974). Die Garage ist an der nördlichen Ecke mit rd. 0,5-1 m² auf das Nachbargrundstück (Flurstück 1483, Schanzengrund 9) überbaut. Die Zufahrt zum Hauptgebäude Schanzengrund 9 erfolgt über dieses Grundstück.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) für das Grundstück Schanzengrund 9: 448 000,- Euro, b) für das Grundstück Schanzengrund 11: 247 000,- Euro, insgesamt: 695 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 23. Januar 2018, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal B0.04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer B1.01, Telefon: 040/42871-2406, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 10. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht,

steht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Dezember 2017

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

986

Ausschließungsbeschluss

420 II 8/17. In dem Verfahren für die Hamburger Sparkasse, Adolphsplatz 3, 20457 Hamburg, Geschäftszeichen: KSC-HH-P5-kels-ohne – Antragstellerin – wegen Aufgebotsverfahren beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf am 28. November 2017: 1. Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf, Gemarkung Curslack, Blatt 896,

in Abteilung III, Nummer 3, eingetragene Grundschuld zu 2850,- Goldmark, wird für kraftlos erklärt. 2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller. 3. Der Geschäftswert wird auf 1000,- Euro festgesetzt.

Hamburg, den 29. November 2017

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 410

987

Sonstige Mitteilungen

Offenes Verfahren

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VgV OV 001-18 DK**
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Neubau am Geomatikum, Bundesstraße 57, Hamburg
Hier: Sachverständige gem. PVO
Lieferauftrag: Prüfung der
– Lüftungstechnischen Anlagen
– Elektrotechnischen Anlagen
– Feuerschutztechnischen Anlagen
– sicherheitsrelevante MSR/GLT
Auftragswert ohne MwSt: 308:000,- Euro
Laufzeit des Vertrags: 21 Monate
Ausführungsfrist voraussichtlich:
ca. Februar/März 2018 bis Oktober 2019
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
5. Januar 2018, 12.00 Uhr
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>
Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:
<http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html>

Hamburg, den 4. Dezember 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 988

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 002-18 IE**
Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Neubau am Schulstandort Goethe Schule Harburg, Eißendorfer Straße 26 und Kerschensteinerstraße, Hamburg
Hier: Nutzungsspezifische Anlagen/Laborausstattung, Förderanlagen, Gebäudeautomation/MSR
Bauftrag:
Los 1: Nutzungsspezifische Anlagen/Laborausstattung
Los 2: Förderanlagen
Los 3: Gebäudeautomation/MSR
Ausführungsfrist voraussichtlich:
Los 1 ca. August 2018 bis ca. Oktober 2018
Los 2 ca. März 2018 bis ca. Oktober 2018
Los 3 ca. August 2018 bis ca. Oktober 2018
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
Los 1 am 9. Januar 2018, 10.30 Uhr
Los 2 am 9. Januar 2018, 11.00 Uhr
Los 3 am 9. Januar 2018, 11.30 Uhr
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:
<http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html>

Hamburg, den 4. Dezember 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 989

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 003-18 PF**
Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Neubau am Schulstandort Goethe Schule Harburg, Eißendorfer Straße 26 und Kerschensteinerstraße, Hamburg

2100

Freitag, den 8. Dezember 2017

Amtl. Anz. Nr. 95

Bauftrag:

Los 1: Heizung

Los 2: Lüftung

Los 3: Sanitär

Los 4: Elektro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Los 1 ca. Juni 2018 bis ca. September 2018

Los 2 ca. Juni 2018 bis ca. September 2018

Los 3 ca. Juni 2018 bis ca. September 2018

Los 4 ca. Juli 2018 bis ca. Oktober 2018

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:

Los 1 am 10. Januar 2018, 10.00 Uhr

Los 2 am 10. Januar 2018, 10.30 Uhr

Los 3 am 10. Januar 2018, 11.00 Uhr

Los 4 am 10. Januar 2018, 11.30 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
bauleistungen/5796074/bauleistungen/](http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/)

Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
ausschreibungen/bauausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html)

Hamburg, den 1. Dezember 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 990**Öffentliche Ausschreibung**

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 006-18 TG**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Neubau einer Zweifeldsporthalle, Fischbeker Moor 6, Hamburg

Hier: Metallbauarbeiten

Bauftrag: Labortechnik

Ausführungsfrist voraussichtlich: März 2018 bis Mai.2018

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:

9. Januar 2018, 11.20 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
bauleistungen/5796074/bauleistungen/](http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/)

Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
ausschreibungen/bauausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html)

Hamburg, den 30. November 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 991**Öffentliche Ausschreibung**

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 016-17 IE**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Neustrukturierung des Schulstandortes Grund- und Stadteilschule Wilhelmsburg, Perlstieg, Hamburg; hier: Labortechnik

Bauftrag: Labortechnik

Ausführungsfrist voraussichtlich: Juni 2018 bis Juli.2018

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:

19. Dezember 2017, 10:30 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
bauleistungen/5796074/bauleistungen/](http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/)

Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
ausschreibungen/bauausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html)

Hamburg, den 30. November 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 992**Gläubigeraufruf**

Der Verein **Förderverein Stichting Nederlands Onderwijs Hamburg e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 22600), c/o International School Hamburg, Hemmingstedter Weg 130, 22609 Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 12. September 2017 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden Frau Florentine van den Herik und Herr Paulus Cammaert bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche unter der oben angegebenen Adresse bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 27. November 2017

Die Liquidatoren

993